

DAVID CHESKIN / DPA

Truppen im Irak „nicht schutzlos und schlecht ausgerüstet“ dastünden. Labour-Kritiker dagegen halten den schwer kalkulierbaren Irak-Einsatz für „in hohem Maße Besorgnis erregend“.

TSCHECHIEN

US-Jets im Anflug

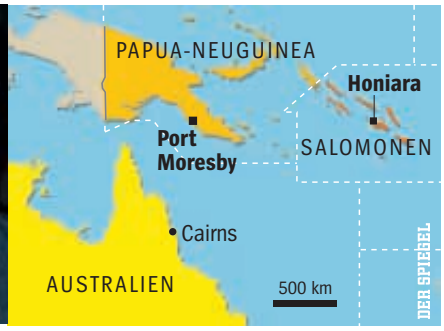
Offenbar will nach Polen auch Tschechien seine Luftwaffe mit US-Jets aufrüsten. Prag interessiert sich derzeit für 14 gebrauchte Kampfflugzeuge. Sie sollen geleast oder gemietet werden, bis das Land sich 2009 neue Maschinen leisten kann. Ursprünglich hatte das britisch-schwedische Konsortium BAE Systems den Zuschlag für die Lieferung neuer Gripen-Flugzeuge erhalten. Doch nach der Flutkatastrophe 2002 war die Anschaffung aus Kostengründen verschoben worden. Im Wettbewerb mit europäischen Anbietern liegen jetzt die Amerikaner vorn. Vergangene Woche setzte sich die Regierung von George W. Bush im US-Kongress dafür ein, einen Kredit von 550 Millionen Dollar zur Unterstützung des tschechischen Rüstungsvorhabens zu bewilligen. Das Washingtoner Angebot gilt sogar, wenn Prag amerikanische Maschinen von Verbündeten wie Kanada, Belgien, den Niederlanden oder der Türkei mietet.

AUSTRALIEN

Straffe Zügel



DAVID GRAY / REUTERS / E-LANCE MEDIA



Premier Somare

Nachdem eine von Australien geführte Eingreiftruppe im Juli die Anarchie auf den Salomonen beendete, wendet sich Canberra jetzt dem nächsten Problemfall zu. Der 1975 unabhängig gewordenen früheren australischen Kolonie Papua-Neuguinea soll die Finanzhilfe von jährlich 192 Millionen Euro gekürzt werden, wenn dort keine rechtsstaatlichen Zustände einkehren. In der Hauptstadt Port Moresby leben Ausländer hinter Stacheldraht, Korruption ist allgegenwärtig, im Bergland herrschen Stammesfürsten. Zwar beschwerte sich Premierminister Michael Somare, 67, über den Einmischungsversuch, doch Papua-Neuguinea ist auf das Geld angewiesen, es bestreitet damit ein Fünftel seines Haushalts. Für Australiens Regierungschef ist diese Politik der straffen Zügel bereits Teil des Wahlkampfs. John Howard, 64, strebt nächstes Jahr eine vierte Amtszeit an; vorige Woche bildete er sein Kabinett auf etlichen Positionen um. Wichtigste Personalie ist die Ernennung des bisherigen Einwanderungsministers Philip Ruddock, 60, zum obersten Justizbeamten. Unter Ruddock kam es zu Revolten in australischen Flüchtlingslagern. Seine strenge Asylpolitik wurde dennoch bei der Bevölkerung nach den vorrangig gegen Australier gerichteten Anschlägen von Bali im Oktober 2002 immer populärer.



AP

Aufstand im Flüchtlingslager Woomera (2002)

CHINA

„Über dem Gesetz“



AFP

Der Pekinger Wirtschaftsprofessor und Buchautor Shang Dewen, 72, über Demokratie und dringende Reformen

SPIEGEL: Sie durften jüngst ein Buch veröffentlichen, in dem Sie ein Mehrparteiensystem und Gewaltenteilung fordern. So etwas bringt andere Chinesen ins Gefängnis.

Shang: Ich betone, dass diese Reformen unter der Führung der KP geschehen sollen. Sonst würde wohl auch ich Schwierigkeiten bekommen.

SPIEGEL: Warum sollte die KP freiwillig ihr Machtmonopol aufgeben?

Shang: Solche Zweifel sind berechtigt, denn es gibt keinen Druck auf die KP, keine Opposition. Wir können nur auf Reformer innerhalb der Partei hoffen.

SPIEGEL: Wie soll das Mehrparteiensystem geschaffen werden?

Shang: Die Vertreter der KP müssten eine Kommission bilden und zusammen mit den acht offiziell zugelassenen demokratischen Parteien …

SPIEGEL: … den so genannten Blockflöten-Parteien …

Shang: … sowie Intellektuellen, Unternehmern und Auslandschinesen eine neue Verfassung ausarbeiten. Die ganze Prozedur würde gewiss 10 bis 15 Jahre dauern.

SPIEGEL: Was sind derzeit die dringlichsten Aufgaben in der Volksrepublik?

Shang: Wir müssen die Korruption besiegen. Heute gibt es so viele korrupte Kader im Rang von Provinzgouverneuren und Ministern. Es wird immer schlimmer. In einem Einparteiensystem kann das Problem aber nicht grundsätzlich gelöst werden. Wenn es mindestens zwei echte Parteien gibt, dann können sie sich gegenseitig überwachen.

SPIEGEL: Reicht das?

Shang: Nein. Wir brauchen ein unabhängiges Rechtssystem. In China stehen mächtige Persönlichkeiten über dem Gesetz. Unter dem Vorwand des Hochverrats oder des versuchten Umsturzes werden immer noch Kritiker festgenommen. Zurzeit sitzen zum Beispiel 80 bis 90 Journalisten im Gefängnis.